

mitte drin

Ausgabe 06 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Sie wollen den Fernsehturm abreißen –

Wer soll sie stoppen?

Am 18. Mai endete der Online-Teil der Bürgerbeteiligung zur „Alten Mitte – Neue Liebe?“, bei dem über die Zukunft des Gebietes zwischen Fernsehturm und Spree entschieden werden soll. 16.000 Besucher verzeichnete die Seite <http://stadtdebatte.berlin.de/> seit Anfang Februar. Das ist erschreckend wenig, wenn man bedenkt, dass (laut Tagesspiegel) täglich 360 000 Menschen den Alexanderplatz überqueren.

Da verwundert es nicht, dass eine kleine lautstarke Minderheit, getrieben vom Hass auf alles, was mit DDR zu tun hat, versucht, die Diskussion zu beherrschen. Sie fordern immer wieder die Vernichtung der DDR-Architektur und wollen das Gebiet mit pseudohistorischen Replikat-Bauten zustellen und sogar den Fernsehturm abreißen.

Ihnen wurde es einfach gemacht: Jeder konnte, ungeprüft, ob er das gleiche nicht schon hundert mal geschrie-

ben hat, als Gast seine Meinung kundtun. Auf dem gesamten Alexanderplatz ist kein einziger Hinweis auf die Stadtdebatte zu finden. Viele, die den Alex jetzt nutzen, wissen

nicht mal, dass um die Zukunft des Platzes debattiert wird. Auch haben viele Anwohner

Fortsetzung auf Seite 3 ▷



Wie nehmen Bezirksverordnete ihre Aufgabe wahr?

Sind sie die Vertreter der Bürgerschaft, von der sie gewählt worden sind? Oder eher Rädchen in der Verwaltungsmaschinerie, das die Anweisungen des Senats ausführt? Vor Illusionen warnen Stefan Aumüller und Christian Otto nach der jüngsten BVV-Tagung.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Warum leerstehender Wohnraum hohen Profit bringt

Im Gebäude Wilhelmstraße 56-59 wohnen in den fast 100 Wohnungen nur ganze 36 Mietparteien. Moderne Wohnungen stehen leer? Und das in Berlins Mitte? Carola Bluhm, MdA der LINKEN, beleuchtet das eiskalte „Entmietungsprogramm“ des privaten Eigentümers.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

Erste Stufe des Mietenvolksentscheides erfolgreich

Wie bekämpft der Senat die Wohnungsnot in Berlin? Immer mehr Berliner sagen: „ungenügend“! Deshalb nehmen sie die Sache gegen den Widerstand der Landesregierung selbst in die Hand. Katharina Mayer erläutert ihre Argumente und wie es weiter gehen soll.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Basistreffen in Mitte

Der Bundesparteitag in Bielefeld | Eindrücke, Debatten und Beschlüsse

Mit Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Mittwoch, 24. Juni, 19 Uhr im Karl-Liebknecht-Hauses

(Kleine Alexanderstraße 28, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,

Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Fortsetzung folgt im Themen-Potpourri

Eigentlich hatte alles nach einer schnellen Tagung ausgesehen an jenem Donnerstag – nur drei Große Anfragen, beinahe keine strittigen Themen und eine insgesamt überschaubare Tagesordnung. Dann zog es sich doch, die richtig großen Debatten blieben aber aus.

Ganz ereignislos war die Mai-Tagung dennoch nicht. Da wäre zunächst die wegen zahlreicher Änderungsanträge recht mühselige Diskussion um die Investitionsplanung für die Jahre 2015–2019 zu nennen. Hierzu hatte das Bezirksamt, getragen von der Zählgemeinschaft aus SPD und CDU, eine entsprechende Vorlage unterbreitet, welche die Grünen modifizieren wollten. Unsere Zustimmung konnten wir dieser Vorlage aber dennoch nicht geben. Stattdessen hatten wir die Personalentwicklung im Bezirksamt noch einmal auf die Tagesordnung setzen lassen. Angesichts einer jahrelangen Einsparpolitik und einer mittlerweile stark überalterten Beschäftigtenstruktur in den Bezirksverwaltungen hatten die Bezirke hier ursprünglich ca. 1200 neue Stellen gefordert. Schließlich will man vor allem für die künftigen Herausforderungen einer wachsenden Stadt gewappnet sein und man denke doch hierbei einmal allein an die Situation in den Bürgerämtern. Bekommen haben sie nun ca. 300 Stellen – wie gesagt, für alle Berliner Bezirke zusammen. Wir wollten wissen, wie das Bezirksamt zu diesem abgespeckten Angebot des Senats steht und auch, ob der Bezirksbürgermeister am Personalabbau der letzten Jahre weiter festhalten will. Das Thema wird uns erhalten bleiben ...

Ansonsten mal wieder ein richtiges Themen-Potpourri ... die SPD möchte das Trinkraum-Projekt „Knorke“ am Leopoldplatz fortsetzen, der CDU liegt an einer Würdigung des Fischerkiezes als Keimzelle Berlins durch eine Informationsstele und die Piraten etwa sorgen sich um NSA-Angriffe auf Mittes Unternehmen. Ist schon in Ordnung, wir machen ja Kommunalpolitik. Aber, da war doch noch was ... ach ja, neulich, diese Sache da mit dem Mauerpark und so ... wo sich so richtig viele Menschen für Politik interessiert und sogar einen Bürgerentscheid ins Laufen gebracht hatten. Dass der Senat das Bebauungsverfahren dann einfach an sich gezogen hatte, war ja eine Sache, dass sich aber auch Herr Dr. Hanke (SPD) im Rat der Bürgermeister (RdB) völlig widerspruchslos für das Senatsbestre-

ben eingesetzt hat, eine ganz andere. Formalrechtlich mag dies zweifelsohne im Einklang mit den Gesetzen Berlins geschehen sein, politisch war und bleibt es aber ein ausgesprochen skandalöser Vorgang! Wir meinen, daran gehört erinnert und wollten das Bezirksamt mittels Antrag darauf festlegen, künftig zumindest so lange keinen entsprechenden Beschluss im RdB mehr zu unterstützen, wie Bürgerbeteiligungsverfahren laufen bzw. unmittelbar bevorstehen. Die Zählgemeinschaft lehnte diesen Antrag freilich ab, aber auch hier heißt es wohl auf die eine oder andere Weise: Fortsetzung folgt.

Falko Loeff



© Klaus Stuttmann

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebnecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Ergebnisse der BVV

► Anfragen:

Wie hat sich der Bezirk im Rat der Bürgermeister positioniert zu dem Angebot des Senats, den Bezirken für die wachsende Stadt für 2016 und 2017 insgesamt ca. 301 Stellen zur Verfügung zu stellen statt den von den Bezirken geforderten ca. 1200 Stellen? Wie viele zusätzliche Stellen erhält der Bezirk Mitte, wie viele davon sind reale zusätzliche Stellen, wie viele davon werden lediglich entfristet bzw. aufgestockt und welche Bereiche erhalten mehr Personal? Wie bewertet das Bezirksamt die Sinnhaftigkeit der mit dem Senat abgeschlossenen Zielvereinbarung zum Abbau von Personal in Mittleres Bezirksamt angesichts der Tatsache, dass der Senat die Personalzielzahlen für die Bezirke selbst als überholt ansieht? Warum setzt das Bezirksamt den Personalabbau nicht zumindest solange aus, bis sich Senat und Bezirke auf eine gemeinsame Personalentwicklungsplanung für Haupt- und Bezirksverwaltungen verständigt haben?

(Große Anfrage DIE LINKE, Drs. 2071/IV)

► Beschlossen

Das Bezirksamt wird ersucht, mit sofortiger Wirkung die Unterstützung der Entmietung in der Wilhelmstraße 56–59 durch die Erteilung von Leerstandsgenehmigungen für Ersatzwohnraum einzustellen.

(Dringlichkeitsantrag DIE LINKE, Drs. 2130/IV)

► Abgelehnt

Das Bezirksamt wird ersucht, sich für eine Stärkung der demokratischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk einzusetzen. In diesem Sinne soll sich das Bezirksamt gegenüber dem Senat dahingehend einsetzen, dass dieser nicht in geplante oder laufende Bürgerbeteiligungsverfahren eingreift und entsprechende Projekte an sich zieht.

(Antrag DIE LINKE, Drs. 2086/IV)

► Überwiesen

Das Bezirksamt wird ersucht, mit sofortiger Wirkung den Personalabbau auf der Grundlage der mit dem Senat geschlossenen Zielvereinbarung auszusetzen. Das Bezirksamt wird ersucht, auf eine zwischen Senat und den Bezirken abgestimmte Personalentwicklungsplanung hinzuwirken, die die Bedarfe, die aus der wachsenden Stadt und sich ändernden Aufgabenstellungen resultieren, kurz-, mittel- und langfristig berücksichtigt. Der Bezirksverordnetenversammlung ist erstmals bis zum 31. Oktober 2015 zu berichten.

(Antrag DIE LINKE, Drs. 2077/IV) überwiesen in den Hauptausschuss

SPD und CDU kastrieren die Bezirksverordnetenversammlung

„Die BVV hat sich grad' selbst kastriert“, kommentierte Sven Diedrich (Die Linke) das Abstimmungsergebnis über den Antrag „Stärkung der bezirklichen Demokratie“ der Linksfraktion. Dem Antrag, der das Bezirksamt auffordern sollte Bürgerbeteiligungsverfahren zu unterstützen, stimmten Grüne und Piraten zu, während SPD und

erneut versuchen ein Beteiligungsverfahren auszuhebeln, indem er die Zuständigkeit bei Stadtentwicklungsprojekten an sich zieht. So zuletzt geschehen beim Bürgerbegehren bezüglich der Bebauung des nördlichen Mauerparks.

Eingangs begründete der Fraktionsvorsitzende der Linken Thilo Urchs den Antrag damit, dass im Fall des Mauerparks der Senat das Verfahren nicht wirklich an sich gezogen hätte, vielmehr gab der Bezirk seine Zuständigkeit aktiv selbst ab. Im Rat der Bezirksbürgermeister votierte Dr. Christian Hanke selbst für eine Abgabe der Zuständigkeit im Bebauungsverfahren an die Senats-

ebene. Damit wurden über 39.000 Einsprüche gegen die geplante Bebauung wertlos, da der Bezirk nicht mehr zuständig für das Verfahren ist. Das vom Bezirksamt bereits bestätigte Bürgerbegehren gegen die Bebauungspläne wurde ebenso zunichte gemacht. So sieht die Wertschätzung des SPD-geführten Bezirksamtes gegenüber Beteiligungs- und Mitgestaltungsversuchen der BürgerInnen in Mitte aus.

Dann stellte Thilo Urchs die entscheidende Frage in dieser Debatte, wie die Bezirksverordneten ihre Aufgabe eigentlich selbst wahrnehmen. Sehen sie sich als Vertreter der sie wählenden Bürgerschaft oder nur als ein Rädchen in der Verwal-

tungsmaschinerie, das die Anweisungen des Senats ausführt und dabei eigene Entscheidungsräume freiwillig aufgibt.

Die Antworten der SPD und CDU lassen auf Letzteres schließen. Während Sascha Schug (SPD) rechtliche Rahmenbedingungen anführte, welche dem Bezirksamt und damit auch der BVV keine Handlungsalter-



xxx

CDU diesen ablehnten. Beabsichtigt war, das Bezirksamt dazu zu bringen, künftig klarer Position an der Seite der engagierten BürgerInnen zu beziehen, sollte der Senat



Verrat am Bürgerbegehren zum Mauerpark

nativen lassen, plädierte Thorsten Reschke (CDU) dafür, bei den BürgerInnen keine Illusionen darüber zu wecken, welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten sie als Bezirksverordnete haben. Wenn dem so ist und die Bezirksverordneten sich nur als ausführendes Verwaltungsorgan begreifen, wozu braucht man dann eine Bezirksverordnetenversammlung? Und warum sollten sich BürgerInnen für demokratische Beteiligungsverfahren engagieren, wenn sie zu befürchten haben, dass die von ihnen ehrenamtlich geleistete Arbeit am Ende umsonst gewesen sein könnte?

Steffen Aumüller/Christian Otto

Die Linke - Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Fortsetzung von Seite 1: **Sie wollen den Fernsehturm abreißen**

mangels Internet gar nicht die Möglichkeit, an der Online-Debatte teilzunehmen.

Wir brauchen eine positive Vision für unsere alte Mitte und gleichzeitig müssen wir sie vor dem Schicksal vieler anderer Gebiete im Stadtzentrum, die zugebaut und der Öffentlichkeit entzogen worden sind, schützen.

Wenn wir wollen, dass in dieser Debatte die Vernunft siegt, müssen wir, denen dieser Platz am Herzen liegt, uns alle stärker einbringen. Ab 15. Juni geht es weiter mit Fachkolloquien, bei denen dann auch jeweils

sechs Bürgerbotschafter gewählt werden, die im Halbzeitforum über die Ergebnisse berichten. Dort ist es wichtig, dass viele vernünftige Bürgerbotschafter gewählt werden, die dann auch dafür einstehen, dass der Platz öffentlich bleibt.

Beteiligt euch alle, kommt zu den Fachkolloquien, zur Bürgerwerkstatt, versucht Bürgerbotschafter zu werden, rettet das Gebiet zwischen Fernsehturm und Spree vor Privatisierern, die dort pseudohistorische Luxuswohnungen hinstellen wollen und bringt eine positive Vision ein!

Die nächsten Termine sind:

Erstes Fach-Kolloquium, 15. Juni 2015, 17- 21.30 Uhr, Berliner Verlag, Karl-Liebknecht-Straße 29 in 10178 Berlin

Zweites Fach-Kolloquium, 22. Juni 2015, 17- 21.15 Uhr, Berliner Verlag, Karl-Liebknecht-Straße 29 in 10178 Berlin

Partizipatives Theater, 26. Juni - Ort und Zeit noch unbekannt

Bürgerwerkstatt, 27. Juni - Ort und Zeit noch unbekannt

Mehr Infos auf: <http://stadtdebatte.berlin.de/>

Carola Bluhm

Menschen in Mitte**Engagierte Flüchtlingslotsin in Berlin-Mitte:****Diana Henniges**

Als ich Diana Henniges vor anderthalb Jahren kennenlernte, war gerade die neue Notunterkunft für Flüchtlinge in der Alt-Moabit 82 eröffnet worden und die Bürgerinitiative „Moabit hilft“ angelaufen. „Wir werden die Asylsuchenden aus aller Welt willkommen heißen“, sagte mir im November 2013 die heute 38-jährige studierte Historikerin. Ihr Aufruf zur Sachspendenaktion hatte alle Erwartungen übertroffen. In ihrer Wohnung stapelten sich schon nach wenigen Tagen fast 150 Kartons mit Kleidung, Spielsachen, Kosmetika und Lebensmitteln.

Heute ist Diana Henniges hauptamtliche Flüchtlingslotsin für Berlin-Mitte, zuständig für alle Belange der im Stadtbezirk Zuflucht Suchenden, hilft bei der Unterbringung, steht mit Rat und Tat zur Seite, kooperiert, koordiniert, informiert. In den Unterkünften Moabits lädt sie regelmäßig zu Sprechstunden ein. „Die bisher rund 800 Beteiligten an unserer Initiative kenne ich so gut wie alle persönlich“, erklärt die in Hannover geborene Tochter ungarischer Eltern.

„Regelmäßig zweimal pro Monat berät unser Runder Tisch konkrete Maßnahmen.“ Arbeitsgruppen konzentrieren sich auf die Spendenkoordination, Wohnungsvermittlung, Deutschunterricht, Öffentlichkeitsarbeit und speziell auf die Flüchtlinge aus Syrien. Ein Team organisiert über das ganze Jahr Feste, auf denen die Asylsuchenden mit immer mehr Berliner Anwohnern zum gemeinsamen Grillen und zum Reden zusammentreffen. Gemischte Mannschaften spielen Basketball und Fußball.

„Ganz wichtig aber ist auch das Gespräch mit den Berlinern dort, wo Flüchtlinge ankommen“, meint Diana Henniges. „Sie müssen verstehen, dass die Menschen aus arabischen Staaten, aus Afrika und Asien hier Schutz für Leib und Leben suchen. Ganze Familien fliehen vor den Kriegen, die ihre Häuser, Schulen, ihre Existenz zerstören, aber auch vor Hungersnöten und Religionsverfolgung.“ Konkrete Hilfe sei einfach menschlich. Wer hat beispielsweise ein altes Fahrrad im Keller, wer stellt während seines Urlaubs Nahverkehrstickets zur Verfügung? „Moabit hilft“ sucht Räumlichkeiten



Ein Herz für Hilfesuchende

zur Zwischenlagerung von Spenden. Und natürlich jede noch so kleine Geldgabe bereitet Freude. „Wir sind immer erreichbar, ob telefonisch 0151 2800 5150 oder per E-Mail moabit.hilft@gmail.com. Bedarfslisten und Infos auf www.moabit-hilft.com.“

Die Auszeichnung mit dem Klara-Franke-Preis für Bürgerengagement und Zivilcourage versteht Diana Henniges als eine Anerkennung für alle in „Moabit hilft“ Engagierten. „Wenn jetzt Tausende weitere Flüchtlinge nach Berlin kommen, werden wir noch dringender gebraucht“, betont sie. Ihre Sorge ist, dass Container zum Standard für die Unterbringung werden. Sie ärgert der Populismus von Politikern. Was ihr aber Angst macht, ist das Erstarken des Nationalismus in Europa. „Dem müssen wir hier unseren Beistand für die hilfesuchenden Familien, Kinder, Jugendlichen und Greise, unsere menschliche Solidarität entgegenstellen. Dazu rufe ich alle auf“, kommt der Mutter eines vierjährigen Janosch von Herzen.

Matthias Herold**Kurznachrichten**

► **Immer weniger Bäckereien und Fleischereien**

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der Bäckereien und Fleischereien in Deutschland fast halbiert. 2014 wurden 30.550 Betriebe gezählt. Im Jahr 1994 gab es noch ca. 56.000! Aber die Betriebe beschäftigten fast die gleiche Zahl Mitarbeiter. Vor zwanzig Jahren gab es zusammen rund 571.000 Beschäftigte. 2014 wurden 530.000 Mitarbeiter gezählt.

► **Die „Blauen Schwerter“ drängen nach China und Japan**

Die Staatliche Meissener Porzellanmanufaktur hat in Schanghai ihr weltweit größtes Handelshaus, den „Meissen Flagshipstore“, eröffnet. In China und Japan gebe es viele Meissen-Liebhaber, sagte Tillmann Blaschke, der Geschäftsführer des Meissener Unternehmens. Der asiatische Markt biete gute Entwicklungsmöglichkeiten.

► **2015 könnte ein neues Rekord-Streikjahr werden**

Das befürchtet Hagen Lesch vom unternehmernahen „Institut der deutschen Wirtschaft“. Eine Forschungsgruppe hat bis Mitte Mai 350.000 Streiktage gezählt, mehr als zweimal soviel wie im ganzen Jahr 2014. Das bisherige Rekord-Streikjahr 2006 könnte in diesem Jahr übertroffen werden.

► **Deutschland hat die wenigsten Kinder**

Bei uns sind nur rund 13 Prozent der Bevölkerung in der Altersgruppe unter 15 Jahren. Das ist in der EU die niedrigste Zahl. Den höchsten Anteil an jungen Menschen unter 15 verzeichnet Irland mit fast einem Viertel der Bevölkerung (22 Prozent). In der EU folgen Frankreich (18,6 Prozent) und Großbritannien (17,6 Prozent) auf den Plätzen zwei und drei. Schätzungen der EU-Statistiker nennen für das Jahr 2050 einen EU-Durchschnitt von 15 Prozent junger Menschen unter 15 Jahren.

Bei anderen gelesen

► Staatsoper immer teurer

Kosten steigen und steigen auf 400 Millionen €. Die Sanierungskosten für die Staatsoper werden immer höher. Einst war von 235 Millionen die Rede, und weitere Finanzrisiken sind absehbar und noch nicht einmal eingerechnet. Das geht auch aus dem Kleingedruckten hervor.

„Der Tagesspiegel“, 21.05.2015

► Milliarden falsch verteilt

Bildung: Wer in Deutschland als Kind armer Eltern geboren wird, gleicht diesen Nachteil meist nicht mehr aus. Das liegt auch daran, dass der Sozialstaat seine Milliarden falsch verteilt. Der soziale Aufstieg wird zum leeren Versprechen.

„Der Spiegel“, Nr. 20 vom 09.05.2015

► Hochmütige Republik

Außenpolitik Deutschland sollte aufhören, den anderen den Marsch zu blasen und seine Macht für ein solidarischeres und soziales Europa einzusetzen. Wie der „deutsche Hegemon“ apostrophiert werden soll, darüber wird noch gestritten. Wie könnte die neue deutsche „Rolle“ aussehen? Macht in der Mitte mit gar zu gutem Gewissen, das ist „altes Denken“. Kein nationalegoistisches, nur ein „europäisches Deutschland“ wird akzeptiert. Wie weit die Nachbarn einem deutschen Weg folgen, bleibt in deren Ermessen. Darin zeigt Griechenland den Deutschen Grenzen, nicht umgekehrt. Deutschland hat sich verändert, nichts ist vergangen.

„Der Freitag“, 20.05.2015

► Behördenwahnsinn in Berlin

Verdammt lange Warteschleifen – In ganz Berlin geht die Verwaltung auf dem Zahnfleisch. Quälende Wartezeiten gibt es überall, und sie betreffen längst nicht mehr nur wirtschaftliche Aktivitäten. Wer private Dinge auf dem Bürgeramt oder bei der Ausländerbehörde regeln muss, kann ein Lied davon singen. Schuld daran ist die Sparpolitik des aktuellen Senats und seiner Vorgänger.

„taz“, 20.05.2015

► Rassismus bleibt Rassismus

Die Gewalt gegen Migranten und Flüchtlinge nimmt zu. Rassistische Vorurteile und aggressive Fremdenfeindlichkeit sind nicht Ausdruck „berechtigter Sorgen“, sondern Bausteine rechtsextremer Ideologie. Rassismus bleibt Rassismus. Das ist eine Folge gesellschaftlicher Klimaverschärfung. Angriff auf Menschenwürde muss tabu sein.

„Cicero“, 17.04.2015

Berliner Mietenvolksentscheid

Am Pfingstweekende wurden die letzten Unterschriften für die erste Phase des Berliner Mietenvolksentscheids gesammelt.

Der Plan der Initiative, die erste Phase bis Ende Mai abzuschließen, zielt darauf ab, mit der Abgeordnetenhauswahl 2016 auch den

fehlen 120.000 preisgünstige Wohnungen.

Da die Unternehmungen des Senats nicht ausreichend sind, um die Wohnungsnot in Berlin anzugehen, hat sich die Initiative gegründet und das „Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin“ erarbeitet.



Viel Zuspruch in der ersten Phase des Volksentscheides

Volksentscheid durchzuführen. Dafür muss die zweite Phase ab Januar 2016 eingeleitet werden. Hier werden dann 175.000 gültige Unterschriften benötigt.

Die 20.000 Unterschriften für die erste Phase stellten kein Problem dar, da das Volksbegehren viel Zuspruch bei den Berlinern und Berlinerinnen fand. In den ersten vier Wochen wurden bereits 28.000 Unterschriften gesammelt. Der Zuspruch war auch deshalb so groß,



da viele Berliner und Berlinerinnen von Mietsteigerungen betroffen sind. Es ist nicht mehr nur ein Problem von Menschen mit geringem Einkommen, Transferleistungsbeziehenden, Alleinerziehenden und älteren Menschen, sondern auch die Mittelschicht ist mittlerweile davon betroffen. Laut der Initiative

Mit dem Neubauvorhaben des Senats ist das Problem nämlich nicht gelöst, da dieser mit 6,50€ pro Quadratmeter zu teuer ist. Im Gesetz wird deshalb auch der Ankauf von Sozialwohnungen gefordert. Private Investoren zielen vor allem auf einen hohen Gewinn ab und schaffen deshalb bevorzugt Luxuswohnungen. Aber auch städtische Wohnungsunternehmen wirtschaften profitorientiert. Eine weitere Forderung im Gesetz ist deshalb, dass die kommunalen Unternehmen in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Desweiteren sollen sie mit 500 Millionen Euro zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet werden, um mehr sozialen Wohnraum zu schaffen.

Die Linke im Abgeordnetenhaus hat sich in ihrer Regierungszeit dafür eingesetzt, dass die Hürden für Volksentscheide gesenkt werden. Dass sich Bürger und Bürgerinnen nun selbst organisieren und sich das Instrument der direkten Demokratie zu Nutzen machen, kann nur unterstützt werden.

Wir freuen uns auf den erfolgreichen Abschluss der ersten Phase!

Katharina Mayer

Smarte Citys

Im engen Amsterdam scheint die Gegenwart räumlich beengt, schon nach zwei Tagen will ich zurück nach Berlin.

In Amsterdam zeugen Grachten, Kanäle, Gassen, Standbilder, Kaufmanns- und Lagerhäuser von Stadtgeschichte, in Berlin erinnern nachgebaute Häuser, Straßen und Plätze kaum an gestern. Bei uns gibt's im Coffeeshop Kaffee und Kuchen, ist Cannabis illegal, während halb Amsterdam nach Droge riecht, und halbnackte Damen in Schaufenstern Liebesdienste anbieten.

Traditionell ist dort viel öffentlicher Raum für motorisierte und pedalbetriebene Zweiradfahrer reserviert. Es gibt unermesslich viele und riesige Fahrradparkplätze. Die Fußgänger schieben sich in der Innenstadt zwischen diesen, Tischen, Stühlen, Bänken, Wasser, Bäumen, Straßenbahnen und Autos vorbei. Gefühlt sind 100 000 Wochenendtouristen permanent vom zentralen Bahnhof auf dem Weg zu Romantik, Drogen, Hering, Nutten, Bier, Shopping, Kanalfahrten und Museen. Der Hackesche Markt ist dagegen langweilig und leer.

Die urbane Zukunft wird debattiert, während Billigflieger Europas Menschenmassen hin und her karren. Ohne Law and Order ist der urbane Kollaps absehbar, doch für Berlins Mitte ist das noch kein Thema. Hier strahlt am Montagmorgen der leere Alexanderplatz frisch geputzt, quellen kleine dunkelgraue Mülleimer, die an Laternen hängen, noch nicht über. Stunden später wundern sich Stadtfremde aus aller Welt über verdreckte innerstädtische Leere, einen trockenen Brunnen. Sie ruhen auf Stufen und Betonsitzen aus, stehen an der Bahnbrücke, unter und neben der vielsprachige Musikanten spielen, manche tanzen, Gaukler zaubern, Jugendliche betteln, Berauschte taumeln und Obdachlose schlafen.

Dazwischen Billig-Bratwurst und Schnäppchen, treibt Wind Leergut vor sich her. Hier entstehen Zufallsbekanntschaften, fragt mich irgendwer, ob die Wetterwendigkeit typisch sei, erklärt mit eine Frau, Berlin sei sicher, grün, luftig und menschenleer, und ein feischer Mann will von mir wissen, warum Heißluftballon, „Trabant“-Ausleihstation und das



Touristenattraktion Nostalgie-Trabi

paradiesisch überwucherte Abrissgelände an der nordöstlichen Ecke Niederkirchner/Wilhelmstrasse dem Ausbau der City im Weg sind. Auch so kann man die Stadt erleben.

Irene Runge

Wie Studenten wohnen sollen

Auf dem Weg zur Arbeit komme ich immer an der Moll-/Otto-Braun-Straße vorbei, wo sich ein für Berlin typisches Bild zeigt: Luxuswohnungen werden gebaut. Aber dort steht ganz groß auf der Plakatwand: Studenten-Apartments.

Da ich Student bin, schau ich mir das genauer an. Vielleicht ist was Interessantes, endlich etwas Bezahlbare dabei.

22 Quadratmeter, ab 124.000 €.

Welcher Student soll sich das leisten können? Nehmen wir an, man würde sich so eine Wohnung kaufen und legt eine Finanzierungsdauer von zehn Jahren zu Grunde, dann müsste man, allein um den Kaufpreis der Wohnung durch die Kaltmiete zu refinanzieren 1033,33 € pro Monat nehmen. Kalt, ohne Zinskosten. Das sind fast 50 € pro Quadratmeter Miete. Selbst wenn man die Finanzierung auf 20 Jahre streckt, wären das noch über 500 € Miete pro Monat. Dazu würden noch Zinsen kommen, die, je nach Dauer, Eigenkapital und Zinshöhe, zwischen 50-300 € im Monat liegen können.

Wenn man die Nebenkosten dazurechnet, würde man selbst im günstigen Fall noch auf 750 € pro Monat Warmmiete kommen. Und dann macht der Vermieter noch keinen Cent Gewinn mit dieser Wohnung. Wer das als Studenten-Apartments verkauft, verarscht die Leute.

Der durchschnittliche Student hatte 2013 813 € zum Leben. Selbst die Studenten mit mehr als durchschnittlich 1000 € Monatseinkommen geben im Schnitt nur 361 € für die Miete aus. In Berlin gibt der Student im Schnitt 321 € für die Miete aus.

Selbst Studenten aus reichem Elternhaus werden nicht in solch überteuerte Wohnungen ziehen. 3-Raum-Wohnungen gibt es nach Mietspiegel schon ab 1000 €.

Hier zeigt sich wieder der Irrsinn des freien Marktes. Es werden Preise aufgerufen, die komplett an den Bedürfnissen und Fähigkeiten von Normalverdienern vorbeigehen, weil es



Luxuswohnungen für Studenten?

ein paar Reiche gibt, die ihr Geld irgendwo anlegen wollen und dabei den Normalverdienern das Leben unmöglich machen. Wohnen ist ein Grundrecht und ich finde, dass hier der Staat oder die Stadt eingreifen müssen, um solche Auswüchse zu verhindern.

Nur leider, seit die CDU in Berlin wieder mit an der Macht ist und die SPD sich wieder dem Filz hingibt, der unter Rot-Rot beseitigt schien, dürfen und machen „Investoren“ in Berlin alles, außer für den Menschen bauen.

Andreas Böttger

Die Wilhelmstraße – Kreuzzug gegen Mieter

In Berlin wird zu wenig für Mieter getan. Günstiger Wohnraum ist knapp. Wenn man in der Stadt umzieht, muss man damit rechnen, dass sich die Miete verdoppelt und die Wohnfläche halbiert.

Ein paar der Ursachen kann man konzentriert an der Wilhelmstraße in Mitte beobachten. Allein dort gibt es (offiziell) 112 Ferienwohnungen.

In dem Gebäude Wilhelmstraße 56-59 mit fast 100 Wohnungen wohnen nur 36 Mietparteien. Der Besitzer will den modernsten Ostberliner Plattenbau (von 1988-1992 errichtet) abreißen, um teure Luxuswohnungen zu errichten. Doch er hat nicht mit dem Widerstand der Mieter gerechnet. In weiser Voraussicht wurde bei dem Verkauf der Wohnungen aus dem Bestand der WBM der Passus eingefügt, dass dem Mieter nicht wegen Eigenbedarf oder Unwirtschaftlichkeit der Gebäude gekündigt werden kann. Der Passus gilt heute noch, obwohl schon viele Eigentümer gewechselt haben. Den

Mietern kann nur gekündigt werden, wenn sie mit der Miete im Verzug sind, ansonsten hat der Vermieter keine legale Handhabe.

Mitte Mai hat der Vermieter legal angefangen, angeblich aus Sicherheitsbedenken, die Fassade der Wilhelmstraße 56-59 abzureißen. Die Richtung ist klar, man will den verbliebenen Mietern das Leben zur Hölle machen, damit sie freiwillig aufgeben.

Hier zeigt sich die Perversität des freien Marktes. Es bringt mehr Profit, wenn man günstigen Wohnraum jahrelang leerstehen lässt und Krieg gegen die Mieter führt, um ihn abzureißen und Luxuswohnungen zu bauen, als das existierende, moderne Gebäude zu vermieten. Den Profit gibt es aber nur, wenn man die verbliebenen Mieter vertreiben kann. Da hat jedoch der neue Besitzer, der das Wohnhaus im September 2014 kaufte, die Rechnung ohne die Mieter gemacht.

Denn wo sollen sie hin? Eine neue Wohnung in ähnlicher Lage und Größe würde



rund 1000 € (oder 200%) mehr pro Monat kosten, selbst wenn man sich verkleinert und an den Stadtrand zieht, würde man im Schnitt 500 € mehr pro Monat zahlen müssen (nach Mietspiegel). Das sind auf 20 Jahre gerechnet 120.000-240.000 € Mehrkosten, die auf den Mieter zukommen. Abgesehen davon liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in Berlin bei 1650 € und damit sind Wohnungen für 1500 € im Monat unbezahlbar.

Carola Bluhm

Von Griechenland bis Russland – Europa am Ende?

Europa war der griechischen Mythologie zufolge die Tochter eines phönizischen Königs, die Zeus nach Kreta entführte. Sie gab den Landmassen nördlich Kretas ihren Namen. In Europa gibt es zurzeit 46 souveräne Staaten, 27 davon sind Mitglied der Europäischen Union.

Seit 1951 schlossen sich einzelne westeuropäische Länder zunächst als Montanunion, dann als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen. 1993 wurde die Europäische Union gegründet, 2002 der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Ein friedliches, geeintes und wirtschaftlich erfolgreiches Europa sollte das werden. Mit Reisefreiheit, offenen Grenzen, Interrail ...

Doch Europa wurde für viele zu einem Alptraum: Im Mittelmeer sterben tagtäglich Flüchtlinge beim Versuch, die Außengrenzen der EU zu überwinden. Der Krieg ist zurück in Europa. Hunger, Not und Elend haben in vielen Ländern Einzug gehalten. In Griechenland verteilt man Lebensmittelgutscheine an

Bedürftige. Eine ganze Generation junger, gut ausgebildeter Menschen wandert aus.

„Die Krise in Griechenland ist wie der Vietnamkrieg – nur ohne Napalm“ sagte man uns in Griechenland. Und: „Die Lage ist schlimmer als zu Zeiten der Diktatur.“



Das deutsche „Erfolgsmodell“ der Lohnkürzungen und des Sozialabbaus hat die Volkswirtschaften anderer Länder in den Ruin getrieben. Um „wettbewerbsfähig“ zu werden, kürzt man bei den Armen, bei den Arbeitenden. Das ist ein ruinöser Wettbe-



werb, den gewinnt, wer die Lohnkosten am meisten senkt und am billigsten produziert. Das kapitalistische Wirtschaftsmodell ist die Ursache von Krisen und Kriegen. Wir sind alle GriechInnen!

Der 20. Juni ist der internationale Tag des Flüchtlings und zugleich auch der Beginn der beim Weltsozialforum ausgerufenen Griechenland-Solidaritätswoche. An diesem Tag wollen wir für ein anderes, ein solidarisches Europa auf die Straße gehen. In London haben sich bereits 60.000 Menschen für eine Demonstration unter dem Motto „Für das Ende der Sparpolitik“ angekündigt; auch in Brüssel, Rom und Paris werden ähnliche Aktionen stattfinden.

Treffpunkt: Samstag, 20. Juni, 13 Uhr, Oranienplatz, Berlin-Kreuzberg
Aufruf, Infos unter:
<http://europa-anders-machen.net>

Brian E. Janßen

Das ist das Letzte

Er ist wieder da, der alte Uljanow. Sie wissen: Der stand unübersehbar am Friedrichshain und grüßte 31 Jahre lang Fremde und Gleichgesinnte. Er war 19 Meter groß aus Granit. Dann wurde die Diktatur von der Demokratie überrollt, die ihn auf undemokratische Weise exmittierte. Springers „Morgenpost“ befragte die Leser in Ost und West, ob der Mann „Bleiberecht“ haben sollte: 61 % waren dafür, 24 % dagegen. Doch am 8. November 1991 begann unter Polizeischutz der Abriss seines Denkmals. Pfeif auf den Volkswillen, den Denkmalsschutz und das städtebauliche Ensemble! CDU-Chef Diepgen hatte der Dynastie der Hohenzollern gerade in der Fürstengruft ewige Treue geschworen. So wurde das Lenin-Denkmal zum Sperrmüll und der „Palast der Republik“ zum Sondermüll. Was hatte dieser Uljanow/Lenin verbrochen? Der schrieb, dass sich die kapitalistischen Länder sehr ungleichmäßig entwickeln. Dass die Elefanten-Hochzeiten der Konzerne die Widersprüche vertiefen. Dass die Konzentration von Reichtum und Macht zur Sterbehilfe des Systems wird. Und dann hat der Bursche mit der Oktoberrevolution 1917 ein Sechstel der Erde den Profitjägern entrissen. Grund genug, das steinerne Monument irgendwo im Wald zu vergraben. Diese „Entsorgung der Geschichte“ wäre vielleicht vergessen, wenn nicht zehn Jahre später der Film „Good Bye, Lenin!“ in die Kinos gekommen wäre. Der hat sechs Millionen Zuschauer und 55 Millionen Euro Einnahmen gebracht. So viel Geld macht den verschuldeten Senat neidisch. Drum wird versucht, wenigstens den 3 Tonnen schweren Dickschädel des linken Denkers auszubuddeln. Der soll neben den preußischen Heerführern und Fürsten in der Zitadelle Spandau ausgestellt werden. Der verstorbene Schriftsteller Stefan Heym (Linksfraktion) hatte schon damals vorgeschlagen, ein Schraubgewinde an den Denkmalskopf anzubringen. So könnte man die Köpfe fix austauschen: Kohl für den Einheitstag, Merkel für die Osterweiterung der NATO und Obama für die Kreuzzüge in aller Welt. Das eingesparte Geld kann man zur Schulung der Regierenden für den „Umgang mit der Geschichte“ nutzen.

Arthur Paul

Vertuschung und Sensationelles im hessischen NSU-Ausschuss

„Ich sage ja jedem, der weiß, dass sowas passiert: Bitte nicht vorbeifahren!“ Das sagte der Geheimschutzbeauftragte des hessischen Verfassungsschutzes zu seinem Kollegen Andreas Temme am Telefon. Temme stand zu diesem Zeitpunkt unter Mordverdacht. Die Polizei hatte ermittelt, dass er sich am Tatort befand, als in Kassel der neunte Mord einer Mordserie an Migranten stattfand. Heute weiß man, dass der NSU für diese Taten verantwortlich war. Doch die Rolle des Verfassungsschutzes ist nach wie vor ungeklärt. Eine der Fragen in diesem Zusammenhang ist, ob er oder sein Mitarbeiter Temme von dem geplanten Mordanschlag wusste.

Dieser und weiteren zentralen Fragen geht der Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag nach. Es hat lange gedauert, bis er eingesetzt wurde. Die Fraktion DIE LINKE war die einzige, die ihn von Anfang an gefordert hat. Nun versucht die Koalition aus CDU und Grünen die Arbeit des Ausschusses mit ihrer Verfahrensmehrheit lahmzulegen, indem sie Akten nicht zugänglich macht, nicht zielführende Beweisanträge stellt.

Da war es schon eine kleine Sensation, als im April das oben genannte Telefonat zwischen den „Verfassungsschützern“ vorgespielt wurde und die beiden Beamten dem Ausschuss Rede und Antwort stehen mussten. Beide schilderten aber nur eine wenig glaubhafte Interpretation des zitierten Satzes. Er sei „ironisch gemeint“ gewesen. Einige Erkenntnisse lieferte die Sitzung dennoch: Auf die Frage an den Geheimschutzbeauftragten, ob er bei der Einstellung von Temme gewusst habe, dass dieser in seiner Jugend rechtsradikal gewesen sei, antwortete er: „Ja, aber das war für mich kein Problem. Wenn wir jeden rauschmeißen würden, der solche Tendenzen hatte, hätten wir bis in gehobene Positionen keine Leute mehr.“

Das Beispiel zeigt plastisch, wie viel Unfassbares im Ausschuss ans Licht gebracht werden kann. Sobald man irgendwo etwas nachhakt, kommt an anderer Stelle ein neuer Skandal zum Vorschein. Auch dieser: Als Temme damals unter Mordverdacht stand, weigerte sich der

Verfassungsschutz, die von ihm geführten V-Leute preiszugeben. Deren Vernehmung sah die Polizei aber als „ermittlungstechnisch unabdingbar“ an. Den Konflikt entschied der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident Volker Bouffier. Er weigerte sich, einer polizeilichen Vernehmung der Spitzel zuzustimmen und stellte damit den Quellenschutz über die Aufklärung in der Mordserie. Wegen seiner Entscheidung kam die Polizei im Fall Temme nicht weiter und stellte das Verfahren ein. Bouffier wird seine Entscheidung im Ausschuss begründen müssen. Das könnte ihn das Amt des Ministerpräsidenten kosten.

Milena Hildebrand

Am **22.06., 18 Uhr**, findet im Wahlkreisbüro von Carola Bluhm „berlinxx.net“, Greifswalder Str. 220 eine **Veranstaltung mit Milena Hildebrand** über ihre Arbeit im hessischen NSU-Ausschuss statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Wir gratulieren im Mai zum Geburtstag!

- Zum 96. Gerhard Hiller
- zum 94. Erna Neuberger
- zum 90. Ingeborg Schlag
- zum 87. Gerhard Hanusch, Marlit Hartig, Irmgard Tinz
- zum 86. Ursula Eberhardt, Sabine Nathan, Lieselotte Meschter
- zum 85. Ruth Claus, Hans-Joachim Ermer, Annelore Hanusch, Kurt Pätzold, Ursula Witt
- zum 84. Eva Braun, Ingomar Klein, Horst Rost, Peter Urchs
- zum 83. Holger Peterson
- zum 82. Manfred Maser
- zum 81. Herbert Schulze, Peter Sobisiak
- zum 80. Asbjörn Andersen, Herbert Heß, Doris Rabe
- zum 75. Wilfried Munser

Wir gratulieren im Juni zum Geburtstag!

- Zum 93. Margret Große
- zum 92. Minni Schnoor
- zum 91. Barbara Koritzky
- zum 89. Hermann Kant
- zum 88. Maria Kühne, Vera Tenner
- zum 87. Berndt Spekker
- zum 85. Friederun Fessen, Erika Präg, Eveline Luckmann
- zum 84. Ruth Klein
- zum 83. Harry Gehlhaar, Hildegard Ritschel, Günther Behncke
- zum 82. Günter Herlt, Hasso Schlieffe
- zum 80. Anneliese Griese, Hans Lindenau
- zum 70. Rosemarie Schwindt

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.05.2015

Ausgabetermin für Nr. 07-08/2015 – 02.07.2015